

FRANTIŠEK STELLNER

Kapitel aus der
Geschichte des
Sozialstaates

PETER LANG

Internationaler Verlag der Wissenschaften

Kapitel aus der Geschichte des Sozialstaates

FRANTIŠEK STELLNER

Kapitel aus der Geschichte des Sozialstaates



PETER LANG

Frankfurt am Main · Berlin · Bern · Bruxelles · New York · Oxford · Wien

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlaggestaltung:

© Olaf Gloeckler, Atelier Platen, Friedberg

Das Buch ist eines der Ergebnisse des Forschungsvorhabens „Vztah ekonomie a politiky na příkladu Velké hospodářské krize v Německu“, das bei der Förderagentur Grantová agentura České republiky unter der Registriernummer 402/09/0316 registriert ist.

Fachredakteure:

Prof. Dr. Georg Christoph Berger Waldenegg (Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg); PhDr. Radek Soběhart, Ph.D. (Wirtschaftsuniversität in Prag).

ISBN 978-3-653-01792-2 (E-Book)

DOI 10.3726/978-3-653-01792-2

ISBN 978-3-631-63701-2 (Print)

© Peter Lang GmbH

Internationaler Verlag der Wissenschaften

Frankfurt am Main 2012

Alle Rechte vorbehalten.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

www.peterlang.de

Inhaltverzeichnis

Sozialstaat: Einleitung zum Thema (František Stellner)	7
Sozialstaat: Die Sicht der Ökonomie (David Lipka/Daniel Šťastný)	9
Wie soll der Sozialstaat bezahlt werden. Komparation von Sozialausgaben im Staatshaushalt in ausgewählten europäischen Ländern 1918-1938 (Antonie Doležalová)	21
Die Entstehung des Schwedischen Modells (Pavel Tomíček/Ladislav Tajovský)	34
Tourismus als soziale Kategorie - Struktur und Haupttendenzen des Tourismus in der Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit (Jan Štemberk)	45
Zur Entstehung der zentral geleiteten Wirtschaft und der sozialen Frage in der UdSSR (František Stellner)	56
Sozial- und arbeitsrechtliche Probleme der Tschechoslowakei von Oktober 1938 bis März 1939 (Ivan Jakubec)	71
Der Traum vom „neuen Jerusalem“ - Beveridges Bericht und Pläne über den Nachkriegswiederaufbau Großbritanniens (Jaromír Soukup/Stanislav Tumís)	83
Sozialrevolution oder Erhaltung des konservativen „Status quo“? Die britische Labour Party und ihr Versuch, in den Jahren 1945-1949 einen „Welfare State“ zu schaffen (Martin Kovář)	98
Der britische „Welfare State“: die ersten Versuche um seine Revision. Die Labouristen und die Torys in der Zeit der Geburt „einer Nation“ und des kulminierenden Kalten Kriegs (1949-1951) (Martin Kovář)	116
Politische, ökonomische und soziale Voraussetzungen der Nachkriegstransformation Japans (Aleš Skřivan ml.)	127

Zu den Anfängen der kommunistischen Gestalt des Sozialstaates in der Nachkriegs-Tschechoslowakei (Ladislav Tajovský/Petr Chalupecký)	140
Wohlfahrtsstaat im Realsozialismus: Zu einigen Problemen der Sozialpolitik in der DDR in den 70er und 80er Jahren (Pavel Szobi)	151
Zusammenfassung	162
Literaturverzeichnis	168
Autoren	187

Einleitung

Die vorliegende Monografie entstand auf Initiative der Mitarbeiter des Lehrstuhls für Wirtschaftsgeschichte an der Fakultät für Volkswirtschaft und Öffentliche Verwaltung der Wirtschaftsuniversität in Prag. Das Autorenkollektiv wird von Fachleuten gebildet, und zwar von der Fakultät für Volkswirtschaft und Öffentliche Verwaltung der Wirtschaftsuniversität in Prag; der Philosophischen Fakultät der Karls-Universität Prag und der Fachhochschule für Handel Prag.

Das Ziel der Monografie ist die Analyse der wichtigsten Themen der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts. Die Monografie setzt sich theoretisch mit dem Problem auseinander, wie der analytische Rahmen zu definieren ist; dieser sollte helfen zu verstehen, welche Faktoren im Laufe der konkreten historischen Entwicklung eines Sozialstaates die Hauptrolle spielen konnten. Bei der Erforschung des Sozialstaats und der sozialen Frage im Zeitalter des Nationalstaats konzentriert man sich auf die Entstehung und Entfaltung des britischen Wohlfahrtsstaates, und Beveridges Bericht sowie die Pläne über den Nachkriegswiederaufbau Großbritanniens, die Sozialpolitik der britischen Labour Party und der Torys in den Jahren 1945-1951 werden analysiert. Aufmerksamkeit wird auch dem nordischen Wohlfahrtsstaat gewidmet, wobei die Entstehung des schwedischen Modells analysiert wird. Die Analyse des tschechoslowakischen Sozialstaats konzentrierte sich auf den Vergleich Komparation der Sozialausgaben im Staatshaushalt in ausgewählten europäischen Ländern von 1918 bis 1938, die Struktur und Haupttendenzen des Tourismus in der Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit und die sozial- und arbeitsrechtlichen Probleme der Tschechoslowakei von Oktober 1938 bis März 1939. Ein drittes, bedeutendes Forschungsgebiet stellt die Frage des Sozialstaats in totalitären Regimes dar. Die Monografie setzt sich mit der Entstehung der zentral geleiteten Wirtschaft und der sozialen Frage in der UdSSR, ferner mit der Frage der Anfänge der kommunistischen Gestalt des Sozialstaates in der Nachkriegs-Tschechoslowakei und Problemen der Sozialpolitik in der DDR in den 70er und 80er Jahren auseinander. Außereuropäische Erfahrungen mit dem Aufbau des Sozialstaats werden am Beispiel Japans nach dem Zweiten Weltkrieg analysiert.

Die Monografie basiert methodologisch auf der Verbindung der Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie den theoretischen Ansätzen der 1960er und 1970er Jahre, versteht die Wirtschafts- und Sozialgeschichte als eine Brücke zwischen verschiedenen methodologischen Ansätzen und in gewisser Hinsicht auch als Gegengewicht zur dominierenden politischen Geschichte. Zum Teil schlägt sich darin auch die Öffnung der Wirtschafts- und Sozialgeschichte neuen methodologischen Ansätzen gegenüber nieder, die in der historischen Anthropologie,

Urbanisierung, Modernisierung, der institutionellen Ökonomie und der Evolutionsökonomie zur Anwendung kommen.

Für die Hilfe bei der Manuskriptbearbeitung und den Übersetzungen danken wir PhDr. Šárka Stellnerová (Goethe-Institut Prag) und Mgr. Martin Klement (Philosophische Fakultät der Karls-Universität Prag).

Sozialstaat: Die Sicht der Ökonomie

Der Sozialstaat, oder der Wohlfahrtsstaat, ist ein Phänomen, dessen Entstehung üblicherweise mit der wachsenden Rolle des Staates in der Gesellschaft ab Ende des 19. Jahrhunderts, bzw. im Laufe des 20. Jahrhunderts verbunden wird. Solch eine Ansicht folgt aus der übermäßigen Konzentration auf die messbaren Manifestationen des Wohlfahrtsstaates, wie z. B. den Ausgabenanteil der öffentlichen Haushalte am Bruttoinlandsprodukt, den Anteil der im öffentlichen Sektor Beschäftigten usw. Wenn wir uns aber auf die Ursachen dieser Änderungen konzentrieren, würden wir wesentliche Tendenzen entdecken, die sich – ob schon in unterschiedlichem Maße und unregelmäßig – herausgebildet haben und sich seit dem Entstehen der Staatsgebilde bemerkbar machten. Somit kann die Differenzierung der Staaten in gewöhnliche auf der einen Seite und Sozialstaaten auf der anderen als weniger begründet scheinen. Wie der amerikanische Soziologe Jack Douglas schrieb: „Welcher Staat wurde jemals von seinen Herrschern oder anderen Verteidigern als „unsozialer Staat“ präsentiert? Ist es überhaupt für jemanden mit gesundem Verstand denkbar, dass ein Herrscher, der daran interessiert ist, Herrscher zu bleiben, seinen Untertanen mitteilt: ‚Ich herrsche nicht deswegen, damit ich ihren Wohlstand hebe, sondern damit ich das Gegenteil verursache – Not, Leiden, Schmerzen und großes Zähneknirschen?‘ (...). Obgleich es nicht offensichtlich ist, scheint es gleichzeitig wahrscheinlich, dass fast alle Herrscher selber dachten, dass ihre Macht für den Wohlstand des ganzen Staates unabkömmlich ist.“¹

Es besteht Anlass zu vermuten, dass die Ziele sämtlicher Herrscher in der Geschichte auffallend ähnlich waren und sich nur die konkret benutzten Mittel änderten, und zwar infolge der historischen Veränderungen der Umgebung, seien es der Wandel von Laune- und Denkart der Untertanen oder Feinde, oder z. B. Veränderungen technologischer Art.² Im weiteren Text werden also die Begriffe Staat und Sozialstaat als Synonyme verwendet.³

In diesem Kapitel soll versucht werden, den analytischen Rahmen zu definieren; dieser sollte helfen zu verstehen, welche Faktoren im Laufe der konkreten historischen Entwicklung eines Sozialstaates die Hauptrolle spielen konnten.

1 J. D. Douglas, *The Myth of the Welfare State*. New Brunswick 1991, 7.

2 Ebd. 59-71.

3 Selbst in traditioneller nicht synonyme Auffassung gilt endlich, dass sämtliche Staaten tendieren Sozialstaaten zu werden. Die Akzeptanz oder Nichtakzeptanz der These, dass jeder Staat im Grunde ein Sozialstaat ist, hat einen Einfluss auf den Sinn des Restes dieses Kapitels.

I. Formaler Rahmen der Überlegung

Der Sozialstaat ist ohne Zweifel eine menschliche Kreation. Als Summe der gesellschaftlichen Kräfte kann man ihn als Konsequenz des Mitwirkens derer, die ihn wollen (oder nicht), und derer, die ihn bilden und repräsentieren, verstehen. Während man die erste Gruppe als „Nachfrage“ nach dem Sozialstaat bezeichnen kann, kann die zweite Gruppe für das „Angebot“ des Sozialstaates stehen.

Durch diesen Basisschritt gelangt man auf ein Gebiet, auf dem nicht nur verschiedene Einflüsse auf beide Seiten dieses Prozesses analysiert werden können, sondern wo die für uns grundsätzliche Frage analysierbar ist – ob die Entwicklung des Sozialstaates in Folge des Druckes derer, die die Nachfrage bilden, oder derer, die ihn anbieten, erfolgt.

Diese Unterscheidung kann den Eindruck hervorrufen, nur für den Fall eines demokratischen Staats brauchbar zu sein. Obgleich es wahr ist, dass hier der Mechanismus der Auswahl der Herrscher am ehesten an die Interaktion der traditionellen Nachfrage und des Angebots am Markt (obgleich sie in wesentlichen Merkmalen diesem sehr entfernt ist) erinnert, ist die Demokratie keine notwendige Bedingung für eine sinnvolle Anwendung dieses Rahmens. Jeder Staat existiert nämlich, wie bereits David Hume bemerkte, auf der Grundlage einer gewissen Zustimmung.⁴

Der Staat wird traditionell als Monopol auf eine legitime Anwendung von Gewalt im Rahmen eines bestimmten Territoriums verstanden.⁵ Gewalt und Legitimität sind hiermit zwei notwendige Bedingungen seiner Existenz. Soll kein Zwang geltend gemacht werden, handelt es sich um eine freiwillige Vereinigung, nicht um einen Staat. Falls dann der Zwang nicht als legitim verstanden wird, bildet sich keine Ordnung, es handelt sich dann um einen Kriegszustand. Von der Existenz des Staates kann in solch einem Fall ebenfalls keine Rede sein.

Analytisch kann man die Entstehung des Staates auf zweierlei Weise betrachten. Die Staaten können als Ergebnis der Auseinandersetzung von zwei Gruppen, in der eine siegt, sich die andere unterwirft und zur herrschenden Klasse wird⁶, oder als Konsequenz der Wechselwirkungen im Rahmen einer Gruppe von Einwohnern entstehen. Im letztgenannten Fall können die Staaten entweder durch einen gesellschaftlichen Kontrakt oder durch einen Prozess der Koordinierung, in dem die Entstehung des Staates zu einer Konvention wird, die die Lösung eines Koordinationsspiels darstellt, entstehen.⁷ Wie auch immer der

4 D. Hume, *Essays, Moral, Political, and Literary*. Indianapolis, 1987.

5 M. Weber, *Politik als Beruf*. Ditzingen 1992.

6 R. Carneiro, *A Theory of the Origin of the State*, in: *Science* 169, 1970, No. 3947.

7 H. P. Young, *Economics of Convention*, in: *Journal of Economic Perspectives* 10, 1996, No. 2.

Staat entsteht, als Konsequenz bilden sich immer zwei Bevölkerungsgruppen – die herrschende Klasse und die Klasse der Beherrschten.

II. Die Nachfrage

Im Einklang mit der traditionellen Auffassung der Nachfrage in der Ökonomie wird die Nachfrage nach dem Staat als Abhängigkeit der „Menge“ des (Sozial-) Staates, die von den Mitgliedern der Gesellschaft nachgefragt wird, von dem „Preis“ der Einheit betrachtet. Eine derartige Ansicht ruft höchstwahrscheinlich gleich am Anfang viele Fragen hervor. Während bei der konventionellen Applikation dieses Konzeptes auf eine Marktware die Interpretation der Menge und des Preises keine Probleme mit sich bringt, muss man im Falle des Staates diese Kategorien genau definieren.

Unter der Menge des Staates wird der Umfang seiner Aktivitäten, das Ausmaß, in dem die autonomen Entscheidungen der Einzelpersonen durch die institutionellen Strukturen des Staates ersetzt werden, verstanden. Solch ein Konzept zu messen ist kompliziert. Man kann aber verschiedene Proxy-Variablen, wie z. B. den Umfang des Staatsbesitzes, die Anzahl der Arbeitnehmer im Staatsapparat, den Anteil des staatlichen Sektors an der wirtschaftlichen Tätigkeit, die Unabhängigkeit der Medien, das Ausmaß der Verbindung des Staates mit der Unternehmertätigkeit oder das Ausmaß der Umverteilung, die insgesamt die Größe des Staates ausreichend repräsentieren, verwenden. Je stärker diese Faktoren, desto größer – *ceteris paribus* – wird die „Menge“ des Staates. Darüber hinaus ist intuitiv offensichtlich, dass selbst wenn eine präzise Messung ausgeschlossen ist, zumindest der Trend der Veränderungen in der Zeit beurteilt werden kann, besonders dann, wenn keine entgegengesetzten Tendenzen bei einzelnen Faktoren gleichzeitig eintreten. In jedem Fall ist aber klar, dass die Menge des Staates links durch eine Gesellschaft ohne Staat beschränkt ist, und rechts durch den idealen Typ eines allesumfassenden Staates, in dem jede Entscheidung einer Einzelperson völlig durch seine Position innerhalb der institutionellen Struktur des Staates bestimmt wird, in dem es keine Aktivität ohne Ausübung des Staatseinflusses gibt.

Die zweite Größe mit nicht ganz klarer Interpretation für den Fall des Staates ist sein Preis. Hier bieten sich als vertretende Variable für den Preis die Steuerabgaben der Einwohner, die man dazu noch relativ gut quantifizieren kann, direkt zur Verwendung an. Die Situation ist aber dadurch kompliziert, dass nicht sämtliche Kosten der Existenz und der Tätigkeit des Staates durch die Steuerabgaben erfasst sind. Die Wirkung des Staates kann für die Einzelperson auch anders als nur durch bloßes Zahlen der Steuern teuer werden. Es können hier Abgaben nicht-steuerlichen Charakters bestehen: z. B. in Form einer zwangsweisen Arbeit (Militärdienst usw.) oder physischer Ware (Erzeugnisse) oder die

Zahlung für die Waren und Dienstleistungen vom Staat, zu deren Kauf die Menschen gezwungen sind (Gebühr für die Ausstellung des Personalausweises usw.). Weiterhin werden hier die Kosten in Verbindung mit der Existenz und Aktivität des Staates bestehen, die zwar Ausgaben auf der Seite der Mitglieder der Gesellschaft, aber keine Einnahmen des Staates sind (Kosten der Ausarbeitung der Steuererklärungen, statistischer Meldungen oder Lizenzerwerbung für bestimmte unternehmerische Tätigkeiten). Am Ende werden hier noch weitere Kosten auf die Mitglieder der Gesellschaft dadurch erhoben, dass der Staat bestimmte Aktivitäten verhindert oder beschränkt. Anstatt um Ausgaben auf der Seite der Mitglieder der Gesellschaft geht es dabei vielmehr um unrealisierte Einnahmen, und zwar geldlicher sowie sachlicher Art. Das Verbot bestimmter unternehmerischer Tätigkeit oder z. B. einer Religion bedeutet für den Staat keine Einnahmen, für die betroffenen Mitglieder der Gesellschaft keine Ausgaben, und trotzdem gibt es Schäden, die in den Preis des Staates gehören.

Der Preis der betreffenden Einheit des Staates sollte sämtliche Formen des Vermögens einbeziehen, die der Existenz des Staates geopfert werden, nicht nur Steuern, die nur einen Bestandteil darstellen. Auch hier gilt, dass die Genauigkeit der Messung für diese Zwecke nicht unabdingbar ist. Selbst hier (sowie im Fall der „Menge“ des Staates) ist es zumindest möglich, auf die Änderungen des Preises in der Zeit zu schließen. Vielleicht noch wesentlicher als die Höhe des Preises an sich ist die Empfindung des Preises durch die Einzelpersonen. Es handelt sich hier nicht um die tatsächliche – genaue oder ungefähre – Höhe des Preises, sondern darum, wie hoch die Menschen den Preis empfinden. In deren Auffassung wird es sich meistens nur um ungefähre Vorstellungen handeln, weil die Konsequenzen der Existenz des Staates ohne entsprechende Kenntnisse der Theorie seines Funktionierens nicht aufgedeckt werden können.⁸

Und so nehmen die Menschen den Staat als Institution wahr, dessen Menge sie im Zusammenhang damit nachfragen, wie kostbar ihnen die Existenz der Grenzeinheit dieser Institution erscheint. Bei hohem Preis möchten sie nur wenig, während bei der Senkung des Preises sie gerne die Erweiterung der Aktivitäten des Staates sehen würden. Selbst bei einem Nullpreis muss es aber nicht passieren, dass die nachgefragte Menge unendlich wird, das heißt dass sich die Leute mit dem Staat völlig identifizieren möchten.

Im Augenblick, wo man die Hauptkategorien der Nachfrage nach dem Staat klar abgegrenzt hat, kann zu dem traditionell wichtigsten Teil der Analyse übergegangen werden und zwar zu den sonstigen Faktoren, die die nachgefragte Menge des Staates beeinflussen können. Bei Änderung dieser Faktoren ändert sich die

⁸ In konventionellen Applikationen der Nachfrage ist die Dichotomie zwischen tatsächlichem und dem empfundenen Preis keineswegs dramatisch, weil sie meistens nur rein geldliche und explizite Komponente hat.

Nachfragekurve. Allgemein gehören zu diesen Faktoren die Vorstellung über die Existenz und die Preise der Substitute und Komplemente und die Vorstellung über die Beschaffenheit des nachgefragten Gutes. Ein Substitut des Staates wäre eine freiwillige Kontrahierungslösung. Inwieweit die Menschen den Staat nachfragen werden, ist davon abhängig, welche Vorstellung sie über die Möglichkeiten und Kosten der freiwilligen (oder Markt-) Lösungen haben. Je zugänglicher diese Lösungen verstanden werden, desto kleiner wird die Nachfrage nach dem Staat. Im Falle der Komplemente gilt das Gegenteil. Falls irgendein Gut, das im Hinblick auf den Staat komplementär wird, besteht, dann bedeutet dessen höhere Erreichbarkeit eine höhere Nachfrage nach dem Staat.

III. Die Beschaffenheit des Gutes

Die Nachfrage nach konkreten Funktionen des Staates kann aus zwei unterschiedlichen Quellen entspringen. Menschen können den Staat nachfragen, weil sie diesen an sich für gut halten ohne Rücksicht darauf, ob er ihnen konkret einen Nutzen bringt. Das Gemeinwohl kann hier als deontologisches Prinzip – Richtigkeit, Einklang mit der natürlichen Ordnung oder mit dem Gottesgebot – oder im Gegenteil als konsequentialistisches Prinzip, verstanden werden. Im ersten Falle hält man den Staat für einen Wert ohne Rücksicht darauf, welche Konsequenzen seine Existenz mit sich bringt, im zweiten Falle ist der Staat gut, weil er gesellschaftlich positive Konsequenzen mit sich bringt.

Auf der anderen Seite muss man auch die Möglichkeit bedenken, dass die Menschen im Sozialstaat ein Mittel zur Erreichung ihrer persönlichen Ziele sehen können. Hier muss man zwei weitere Fälle unterscheiden. Im ersten ist der Staat als Mittel und im zweiten als Verbrauchsgut wahrgenommen – seine Existenz an sich bringt einen Nutzen. Die letztgenannte Möglichkeit wird oft außer Acht gelassen. Eine der komplexen Betrachtungen dieser Art der Präferenzen ist in Daniel Kleins Konzept (*The People's Romance*, nachfolgend nur TPR) enthalten.⁹ Klein geht von der Erkenntnis aus, die zumindest zu Adam Smith zurückreicht, und zwar, dass Menschen gesellschaftliche Wesen sind und daran interessiert sind mit den anderen etwas zu teilen, den Zusammenhalt zu unterstützen und mit den anderen in geistigem Einklang und Kontakt zu bleiben. Der Ausdruck dieser Interessen sind die freiwilligen Vereinigungen (Kirchen, Vereine, Klubs usw.) Das TPR ist der Ausdruck dieser Präferenz im Falle, wenn zum Ziel der Einzelpersonen, die nach Zusammengehörigkeit streben, die Gesellschaft als ein Ganzes wird. Das Konzept, zu welchem dann diese Personen natürlich tendieren, sind der Staat und die Regierung. Klein spricht über das TPR

9 D. Klein, *The People's Romance: Why People Love Government (as Much as They Do)*, in: *The Independent Review* 10, 2005, No. 1.

als über „das Streben nach dominanter und sich erweiternder Abstimmung der Denkart, das Streben unterstützt vor allem durch das Gefühl, dass manche Einzelpersonen diese Empfindungen nicht teilen. Solcher Drang strebt nach Konformität und Eingliederung und duldet keinen Unterschied, Zwiespalt und Uneinigkeit. Die „zweite“ Gruppe (...) ist durch das Denken dargestellt, dass man hindern, unterdrücken und beseitigen muss. Das TPR gibt sich nicht zufrieden mit der bloßen Erreichung der gemeinsamen Denkart unter den Menschen, die sich einspielen lassen; es strebt nach der Ausrottung jedes Missklangs in der Denkart. Es neigt zur Eigenliebe und falls sich die bloße Begeisterung als unbefriedigend zeigt, wird es schlagkräftig und aggressiv.“¹⁰

Das TPR betrifft die abstrakte Ebene der Denkart über die Zusammengehörigkeit und das gemeinsame Interesse und Ziel. Aus dem TPR entspringt das Gefühl der Befriedigung aus der Existenz des Staates, der Befriedigung aus dem gemeinsamen und dem geteilten Erlebnis. Im Hinblick darauf, dass diese Befriedigung durch die, die sich dem Zusammengehörigkeitsgefühl verweigern, gestört wird, erfordert das gemeinsame Erlebnis der Befriedigung aus dem TPR eine bestimmte Menge an Zwang. Das ist der Grund, warum der Zwang seitens des Staates in einer ganz anderen – benevolenteren – Ebene als der Zwang durch eine Einzelperson empfunden wird. Und nicht nur das. Nicht nur, dass der Zwang nicht als böse empfunden wird, manchmal kann er die Befriedigung aus dem TPR steigern. Die Gewalttätigkeit gegenüber den Gegnern des Staates, denen, die gegen die durch den Staat durchgesetzten und erzwungenen Regeln kämpfen, ist die Quelle der Befriedigung aus dem Gefühl der gemeinsamen Denkart, deren Verkörperung der Staat ist. Und schließlich gehört zu der großen Quelle der Befriedigung aus dem TPR auch der Kampf gegen den äußeren Gegner, sei es gegen den natürlichen oder den menschlichen. Wonnegefühle der Zusammengehörigkeit während einer Naturkatastrophe oder während des Krieges gehören zu typischen Gründen des Aufschauens zum Staat.¹¹

Klein beschäftigt sich auch mit den möglichen Motiven des TPR's und den Gründen seiner Erweiterung und offeriert einige Möglichkeiten.¹² Die erste ist die soziobiologische und kulturelle Revolution und das TPR als Atavismus. Die Millionen Jahre menschlicher Entwicklung in Gruppen könnten die Propagierung von Einzelpersonen mit höherem TPR verursacht haben sowie die Eliminierung derer, die sich unterschieden.¹³ Zu weiteren möglichen Quellen des TPR's können verschiedene Analogien, auf die sich die Menschen in ihren Vor-

10 Ebd. 11.

11 Zu einer der Erscheinungen des TPR's könnte auch die Popularität der Demokratie gehören, s. H.-H.Hoppe, *Demokratie: Der Gott, der keiner ist*. Leipzig 2005.

12 Klein, *The People's Romance* (wie Anm. 9), 21f.

13 P. Rubin, *Folk Economics*, in: *Southern Economic Journal* 70, 2003.

stellungen stützen, gehören: die Gesellschaft kann mit der Familie verglichen werden, mit einem Wesen oder mit einer Organisation und der Staat (die Regierung) kann somit als ein Elternteil in der Familie, der Kopf eines Wesens oder Direktor einer Organisation verstanden werden. Klein zeigt, dass diese Themen in der Geschichte der politischen und gesellschaftlichen Territorien in vielen Varianten auftreten.

Dass die Bezeichnung „TPR“ eine passende ist, wird schon daraus ersichtlich, dass auf der Seite der Gesellschaftsmitglieder ein bestimmter Bedarf besteht, der durch die bloße Existenz (und Gedeihen und Stärkung) des Staates und die Praktizierung der mit seiner Existenz verbundenen Rituale befriedigt wird. Dieser Bedarf und seine Befriedigung überschreiten das, was üblicherweise mit der Rolle des Staates in einer rationellen Debatte verbunden wird: Recht, Ordnung, Gerechtigkeit usw. Die Menschen können somit die Existenz des Staates nicht nur fordern, weil sie sich technisch die Sicherstellung vieler Dienstleistungen, mit denen sie ihren Wohlstand verbinden, ohne Staat nicht vorstellen können (von der Polizei bis z. B. zur Postzustellung), sondern wegen anderer Dinge: wegen der Freude aus dem Gefühl der Zusammengehörigkeit und der Teilung der gemeinsamen Erlebnisse und Gefühle. Das bedeutet nicht, dass die Menschen überall und immer gierig nach einem konkreten Staat sind. Die Enttäuschung, die sich aus dem Charakter der Politik ergibt, wendet sich aber in solchem Fall gegen die konkreten Personen und ganz selten gegen ihre Rollen, das heißt gegen das System – den Staat – als solchen.

Ob die Motive der Nachfrage nach dem Staat eigennützig sind oder nicht, aus der Sicht jeder Einzelperson scheint, hier die Vorstellung – ob richtig oder falsch – als wesentlich, was der Staat ist und was man mit seiner Hilfe erreichen kann. Das Naturell dieser Vorstellung kann unterschiedlich sein. In manchen Fällen kann sie und in anderen muss sie theoretische Kenntnisse der kausalen Zusammenhänge erfordern. Falls der Mensch den Staat nachfragt, weil er einen direkten Transfer der Befriedigung erwartet (Sozialleistung, Straße, Theater, Schule), dann ist die Verbindung zwischen dem Mittel und dem Ziel (der Ursache und der Wirkung) unmittelbar offensichtlich. Falls aber der Staat nachgefragt wird, weil die Sicherstellung des Wohlstandes, der Gerechtigkeit oder z. B. eines hohen Wertes des Geldes oder der Ausbildung erwartet wird, ist für die Beurteilung der Angemessenheit der Verwendung des Mittels in Form des Staates eine mehr oder weniger komplexe Theorie notwendig.

Im Falle der konkreten Transfere werden deswegen die Vorstellungen von den Möglichkeiten einer staatlichen Institution recht realistisch beurteilt und das Potential des Staates weder systematisch über- noch unterschätzt. Auf der anderen Seite neigen die Menschen in der Frage der Produktion viel mehr zu Irrtümern und Mythen und überschätzen systematisch die Potenz des Staates.

Die Unterschiede in der Richtigkeit der Vorstellungen werden durch zwei Tatsachen verursacht. Erstens ist das Begreifen der Mechanismen, infolge derer der Staat für einen konkreten Menschen nützlich oder unnütz sein kann, relativ einfach und intellektuell nicht anspruchsvoll, weil es sich hier um die direkten Folgen in der Form eines Transfers handelt. Die Fragen der Auswirkung der Existenz des Staates und seine Bedeutung für die „Organisation der Gesellschaft“ oder „Sicherstellung der Koordination“ oder die Produktion der „öffentlichen Güter“ hingegen beinhalten mögliche nicht beabsichtigte Folgen und Nebeneffekte, und diese sämtlichen indirekten Beziehungen fordern ein intellektuelles Training und eine spezifische Ausbildung¹⁴, die der Mehrheit der Mitglieder der Gesellschaft fehlt.

Der zweite Grund für die unterschiedliche Richtigkeit der Vorstellungen über die Fähigkeiten und die Rolle des Staates sind die Kosten, die eine Einzelperson in Folge ihrer falschen Vorstellungen tragen muss. Falls sich die Einzelperson in den Fragen der direkten Auswirkungen auf sie irrt, ist sie genötigt einen großen Teil der damit verbundenen Kosten zu tragen, und das motiviert sie wiederum dazu, sich mit diesen Folgen ausführlich bekannt zu machen. Auf der anderen Seite führen die Irrtümer in dem Begreifen der Folgen der Staatsexistenz für die Gesellschaft als Ganzheit zu Kosten (Verlusten), die – im großen Ausmaß – von allen Mitgliedern der Gesellschaft gemeinsam getragen werden und der Teil, der auf die Einzelperson entfällt, kann ab einer bestimmten Anzahl an Gesellschaftsmitgliedern unerheblich sein. Die Einzelperson gewinnt somit nicht viel durch die Investition in die Kenntnis dieser Mechanismen, und dem entspricht auch das maßgebende niedrige Niveau ihrer Kenntnisse.¹⁵

Aus oben angeführten Gründen werden zu den analytisch interessantesten Faktoren der Nachfrage nach dem Staat die gehören, die sich auf die Theorie des Funktionieren des Staates stützen und nicht auf die unmittelbar ersichtlichen kausalen Zusammenhänge. Der erste Typ dieser Faktoren ist die Überzeugung, dass der Staat der beste Versicherer bestimmter Dienstleistungen oder Funktio-

14 In der Ökonomie datiert sich die Unterscheidung dieser Situationen in die Mitte des 19. Jahrhunderts, damals wurde sie von Frédéric Bastiat als Unterschied zwischen den Folgen die „sichtbar“ und denen, die „unsichtbar“ sind, beschrieben, s. F. Bastiat/M. Diem/C. Diem, *Der Staat die große Fiktion. Ein Claude-Frederic-Bastiat-Brevier*. Bern 2001. Natürlich deutete Bastiat an, dass im richtigen Verstehen von Folgen, die unsichtbar sind, das ökonomische Denken und die ökonomische Ausbildung eine Rolle spielen. Über Bastiat ebenfalls kurz gefasstes Werk von D. Doering, Frédéric Bastiat, Potsdam 1997.

15 Dieses Argument erinnert an die Erläuterung der niedrigeren Rationalität der Menschen in der Rolle der Wähler in der Demokratie im Vergleich mit deren viel rationellerer Rolle als Verbraucher von Bryan Caplan, s. B. Caplan, *The Myth of Rational Voter: Why Democracies Choose Bad Policies*. Princeton 2007.

nen ist, der zweite ist dann die Überzeugung von objektiver Richtigkeit (moralischem Wert) der Existenz des Staates. Zum ersten Faktor: Auf die unabkömmlichen Funktionen des Staates stützen sich die rationalistischen Begründungen seiner Existenz. Einbezogen sind immer Dienstleistungen wie der Vollzug der Gerechtigkeit (Polizei, Gericht) und die Verteidigung des Gebiets, keinesfalls beschränken sie sich aber nur auf diese. Der Staat kann für den Besten (oder den einzigen richtigen) Postzusteller, Alkoholverkäufer, Arzt, Lehrer oder Stromerzeuger gehalten werden.

Obwohl diese Ansichten der Gesellschaftsmitglieder als durchdacht erscheinen, stützen sich diese oft auf falsche Vorstellungen über die Alternativen. Über die Alternativen in den traditionellen Bereichen der staatlichen Funktionen (Rechtsordnung usw.) haben sie meistens keine Kenntnis, obwohl solche Alternativen – ob in der Geschichte oder zumindest theoretisch – bestehen.¹⁶ Im Bereich der Wirtschaftspolitik (die am Anfang nicht auf der Liste der Funktionen des Staates stand und eher zu neuzeitlichen, sich ständig erweiternden Funktionen des Staates gehört) hat die Vorurteile auf der Grundlage der Forschungen der öffentlichen Meinung Bryan Caplan beschrieben.¹⁷ In den Meinungen der Mehrheit der Gesellschaftsmitglieder sieht man die Tendenz zur Unterschätzung der Vorteile, die der Gesellschaft der Marktmechanismus bringt (Unterschätzung der Nutzbarkeit der Substitute des Staates). Das Eigentum und der Preismechanismus werden bloß als Mittel der Bereicherung der einen zum Nachteil der anderen verstanden. Staatliches Eigentum oder die Gewährung der Sachen „umsonst“ wird deswegen für die vornehmere und gerechtere Art der Sicherung vieler Bedürfnisse gehalten. Die Menschen unterschätzen weiter die Vorteile der Zusammenarbeit mit dem Ausland (Ausländer), überschätzen die Bedeutung ihrer Arbeitsstellen für den eigenen Wohlstand und nehmen die Realität systematisch pessimistisch wahr.¹⁸ In Folge dieser Vorurteile können die Menschen fordern, immer weitere Funktionen den Händen des Staates anzuvertrauen, weil sie es für vernünftig und effizient halten.

IV. Angebot

Wie die Nachfrage ist auch das Angebot eine Beziehung zwischen Menge und Preis; in diesem Falle zwischen der Menge des Staates und dem Preis, den seine Repräsentanten für die Gewährung der Dienstleistungen des Staates bekommen.

¹⁶ Mehr über die Gesellschaften, wo selbst diese Bereiche nach dem Marktprinzip funktionieren in Hoppe, Demokratie (wie Anm. 11).

¹⁷ Caplan, The Myth (wie Anm. 15).

¹⁸ Ebd.

Es gilt: je mehr man für die Produktion eines Gutes bekommt, desto mehr wird angeboten. Ähnlich wie im Fall der Nachfrage, hat auch hier der Preis nicht nur monetären Charakter. Den Preis bilden nicht nur die Steuern und sonstige Einnahmen, die der Staat als Zahlungen für seine Dienstleistungen erzwingt. Auch hier spielen die psychischen Einnahmen aus der Tätigkeit an sich eine Rolle. Es kann z. B. gelten, dass der Vertreter des Staates einen Nutzen daraus schöpft, dass er die anderen beherrscht, dass er die Gesellschaft „leitet“, dass ihm als einer Institution die Achtung gezeigt wird usw.

Von welchen Faktoren ist das Angebot abhängig? Ohne Zweifel ist es von der Technologie abhängig. Die Person, die an der Spitze des Staates als hierarchisch organisierter Struktur steht, löst ein organisatorisches Problem. Anders gesagt, sie muss die Informationen darüber sammeln, wie sie zu entscheiden hat (Allokation der Ressourcen) und weiter auch wie die Umsetzung eigener Entscheidungen gesichert werden sollen. Sie hat also das Problem der Kenntnisse und das Problem des Gebens der richtigen Anregungen. Die Kosten beider Faktoren, die die Kosten der Gewährung der Dienstleistungen des Staates bestimmen, sind von der verfügbaren Technologie abhängig.

Ein weiterer Aspekt ist die Präferenz für die Aktivität an sich. Wie bereits oben angedeutet wurde, können die Menschen einen Nutzen aus der Aktivität an sich haben, nicht nur aus deren Früchten. So wie sie manchmal nicht nur deshalb arbeiten, weil sie die Lebenshaltungskosten decken müssen, sondern auch, weil sie an der Arbeit Spaß haben oder, und dass ist für uns in diesem Zusammenhang wichtiger, dass sie in ihr eine höhere Bedeutung finden, so können wir einen ähnlichen Effekt im Zusammenhang mit der Betreibung des Staates voraussetzen. Falls die Menschen, die den Staat bilden, glauben, dass dieser die Verkörperung des Guten ist, wird das Angebot höher als wenn sie denken würden, dass die Aktivität des Staates moralisch verwerflich ist.

Diese Zuordnung des Wertes des Staats an sich kann eine sehr wichtige Rolle spielen, hauptsächlich wenn es sich nicht um bloße Präferenz handelt, sondern um ein Ergebnis der rationellen Zielauswertung der Handlung.¹⁹ Dass die Menschen den Staat als gut wahrnehmen, bedeutet noch nicht notwendig, dass sie ein Gefühl oder Instinkt haben, der sie dazu führt, sondern dass sie denken, dass es Gründe gibt, die diese Beschlüsse rechtfertigen. Diese Gründe können, ähnlich wie bei der Nachfrage, einen moralischen oder ökonomischen Charakter haben. Der Staat wird als gut wahrgenommen, falls die Überzeugung herrscht, dass jedes rationale Wesen einsehen muss, dass die Unterwerfung unter den Staat richtig ist, sei es aus konsequentialistischen oder deontologischen Gründen.

19 Ch. Taylor, *What Is Human Agency*, in: ders., *Human Agency and Language*. Cambridge 1985.